



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Lensch, Paul: Jahresübersicht : die innerpolitische Entwicklung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Jahresübersicht

Die innerpolitische Entwicklung

Von Paul Lensch



Das Jahr 1921 geht zur Rüste. Bedeutet es in der Zeitenfolge einen weiteren Abstieg Deutschlands dem Chaos entgegen oder erheben sich bereits gewisse Umrisse einer Neuordnung? Die Antwort läßt sich nicht leicht geben, sie ist wohl erst möglich, wenn wir mehr Abstand von den Ereignissen des Jahres gewonnen haben. Der Zusammenbruch der deutschen „Erfüllungspolitik“ am Ende des Jahres läßt sich in seinen Folgen noch nicht übersehen. Es kann ebenso eine Wendung zum Besseren wie zum Schlechteren bedeuten. Auf alle Fälle hat er den Vorzug, einer illusionären Politik ein Ende bereitet zu haben, und es wird sich bald herausstellen, ob nunmehr die „Staatsmänner“ in Deutschland wie in den Ententeländern endlich gezwungen sind, einander mit nüchternen Augen anzusehen oder ob sie an das illusionäre Ende wieder den illusionären Anfang knüpfen werden.

Die gegenwärtige Situation des Deutschen Reiches ist eine höchst eindrucksvolle Illusionierung des Kantischen Sokos vom Primat der äußeren Politik vor der inneren. In der Tat kam in allen Fragen der inneren Politik als beherrschendes Prinzip das Versailler Diktat zum Ausdruck. Mit dem 1. Januar war die Vernichtung der deutschen Armee und die Aufstellung des sogenannten „Hunderttausendmann-„Heeres““ beendet. An die Stelle des deutschen hatte sich inzwischen der Militarismus der Entente auf deutschem Boden eingenistet, besonders der schwarze und braune der Franzosen. Eine Ausdehnung erfuhr die Besetzung deutschen Bodens noch, als nach dem negativen Ausgang der Londoner Verhandlungen die Entente im März ihre Politik der „Sanktionen“ begann. Die feindlichen Truppen überschritten den Rhein und besetzten hier Städte wie Düsseldorf und Ruhrort. Die Haltung, die Simons in London eingenommen, hatte zwar in Deutschland Begeisterung erweckt, brachte ihm auch ein Vertrauensvotum des Reichstages ein, war aber auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Bald stellte sich heraus, daß Frankreich auf Grund der „Sanktionen“ eine Politik trieb durch die die Rheinlande systematisch wirtschaftlich ruiniert werden sollten, um sie so reif zu machen zur Errichtung eines eigenen Zollsystems auf Grund des § 270 des Versailler Diktats. Dieser Paragraph gibt den alliierten Mächten das Recht, ein eigenes Zollregime zu errichten, sofern ihnen eine solche Maßregel im Interesse des besetzten Gebietes geboten erscheint. Von französischer Seite wurden die „Sanktionen“ keinen Augenblick als vorübergehender Zustand aufgefaßt. „Es handelt sich jetzt nicht mehr um eine einfache Besatzungszone, sondern um ein besetztes Deutschland, das heißt um ein Land, das, was seine materiellen Interessen angeht (Zoll Verkehrenwesen und demnächst auch Finanzverwaltung), ein autonomes Land ist. Die Rheinlandkommission ist jetzt in den Besitz eines bedeutenden Teiles der Hoheitsrechte über das besetzte Gebiet gelangt.“ So schrieben die „Monatshefte der Französischen Handelskammer in den Rheinischen Provinzen“ in ihrer Juninummer.

Das Kabinett Fehrenbach stürzte, nachdem es sich im April in einer Note, die in den weitesten Kreisen wahre Empörung hervorgerufen hatte, Amerika um die Annahme des Schiedsrichteramtes in der Kontributionsfrage angefleht hatte — natürlich mit negativem Erfolge — am 4. Mai in sich zusammen. Das Zustandekommen des neuen Ministeriums vollzog sich unter den peinlichsten Umständen, endlich, am 10. Mai, eine Minute vor Ablauf des Ultimatums, erblickte es als ein Ministerium Wirth das Licht der Welt. Die Deutsche Volkspartei hatte den Eintritt abgelehnt, und so trat an ihre Stelle die Sozialdemokratie. Das neue Kabinett

bestand aus Wirth, Gieberts, Hermes, Brauns, Bauer, Schmidt, Gradnauer, Schiffer, Giesler, Groener. Ihnen trat noch am 28. Mai Rathenau hinzu. Die erste Tat des Ministeriums war die bedingungslose Annahme des Ultimatums.

Inzwischen hatten sich auch im Preussischen Parlament die Dinge verschoben. Die Neuwahlen vom 20. Februar brachten vor allem eine vernichtende Niederlage der „Unabhängigen“. Das Zentrum war wieder mal das Zünglein an der Waage. In das neu zu besetzende Kabinett trat die Mehrheitssozialdemokratie aus Gründen der Agitation nicht ein. Es kam schließlich am 21. April — so lange dauerten die widerwärtigen Verhandlungen — ein Kabinett Stegerwald zustande, bestehend aus den Herren Fischbeck, Zehnhoff, Dominicus, Saemisch, Warmbold, Becker. Die zweite Hälfte des April war ausgefüllt durch den Kommunistenputsch in Mitteldeutschland, ein Verbrechen, das, wie der Kommunist Paul Levi in einer gleichzeitig erscheinenden Brochüre erkennen ließ, und die im November im „Vorwärts“ veröffentlichten Aktenstücke urkundlich nachwiesen, auf Befehl und mit dem Gelde der russischen Bolschewiken in Szene gesetzt war. Es kam zu blutigen Zusammenstößen in Eisleben und Hettstedt, zu Dynamitanschlägen auf Gerichtsgebäude in Dresden, Leipzig, Freiberg, auf die Siegessäule in Berlin. Das Rathaus in Rodenisch im Vogtland flog in die Luft. In Hamburg kam es zu Kämpfen. Vor allem zeichnete sich Max Hölz, der schon 1919 das Vogtland durch Brandstiftungen und Raubzüge in Schrecken gesetzt hatte und dann nach Oechien geflüchtet war, durch die gleichen Heldentaten aus. Die Niederwerfung des Aufstandes, bei der besonders der Kampf um die großen Lunawerk bei Merseburg eine Rolle spielte, gelang der Schutzpolizei ohne Hinzuziehung der Reichswahr. Die eingesetzten Gerichte sprachen rasch ihre notwendig harten Strafen aus, von denen dann viele bald erheblich gemildert wurden. Die wahren Verbrecher, die Eberlein und Genossen, gingen zunächst leer aus.

Ein Überblick in dieser trüben Zeit war das Abstimmungsergebnis in Oberschlesien, das 716000 deutsche und 471000 polnische Stimmzettel aufwies. Die Wut in Paris war groß. Aber schließlich gelang es den Franzosen doch, auf dem Umwege über den „Völkerbundsrat“, auch hier wieder das Recht durch Gewalt zu erlangen: am 12. Oktober wurde die Zerstückung Oberschlesiens ausgesprochen und damit der deutschen Wirtschaft ein betäubender Schlag versetzt. Ihm folgte am 22. des gleichen Monats der Rücktritt des Kabinetts Wirth. Es stellte sich heraus, daß „das Kabinett der Erfüllung“ trotz unerhörter Auspumpung der deutschen Volkswirtschaft zugunsten der Feinde bei der Entente nichts erreichte. Diese ließ sich die Zahlung von einer Milliarde Goldmark am 31. Juli zwar gefallen, ebenso auch die pünktliche Innehaltung des zweiten Zahlungstermins, wie sie im Ultimatum vom 10. Mai vorgeschrieben war, aber sie dachte nicht daran, deswegen auf ihren Pakt mit den Polen, denen man schon lange Oberschlesien zugesprochen hatte, zu verzichten. Im August erschienen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Artikel des bekannten Engländers Keynes über die Leistungsfähigkeit Deutschlands. Sie prophezeigten den deutschen Zusammenbruch für spätestens Frühjahr 1922, falls das Versailler Diktat bliebe. Neues sagte Keynes in seinen Artikeln nicht. Alles, was gekommen war, hatte man von deutscher Seite schon 1919 in Versailles der Entente gesagt. Überraschend aber war, daß hier schon nach zwei Jahren sogar ein Engländer den Zusammenhang der Dinge begriffen und ihn auszusprechen den Mut hatte. Das gab diesen Artikeln ihre internationale Bedeutung.

Die Neubildung des Kabinetts nach dem Rücktritt Wirths am 22. Oktober stand zunächst im Zeichen der sogenannten „großen Koalition“ von Stresemann bis Scheidemann. Auf ihrem Parteitage in Gorkiz, der vom 18. bis 25. September stattfand, hatte die Mehrheitssozialdemokratie eine bemerkenswerte Schwenkung vollzogen. Während sie bis dahin jedes Zusammengehen mit der Volkspartei

schroff abgelehnt hatte, erklärte sie sich in Görlitz plötzlich unter gewissen Voraussetzungen dazu bereit. Die Zwangslage des Reiches begann auch hier alle Tafeln zu zerbrechen. Immerhin kam es im Oktober im Reiche zu der großen Koalition noch nicht. Wirth wurde aufs neue berufen und auch die anderen Minister waren fast durchweg die alten. Wiederum blieb die „Deutsche Volkspartei“ der Kabinettsbildung fern. Die Protestnote, die das neu-alte Kabinett wegen der Bereikung Oberschlesiens absandte, erhielt die kühle Antwort: Deutschland habe keinerlei Meinung über die Entscheidung des Obersten Rates auszusprechen. In der Tat entsandte das Reich gleichzeitig zwei Vertreter, die mit den Polen über die neue Grenzführung verhandeln sollten, erkannte also de facto den Spruch des Obersten Rates an.

Dagegen kam es im November in Preußen beim Rücktritt des Kabinetts Stegerwald endlich zur Bildung der großen Koalition. Otto Braun wurde Ministerpräsident. An seine Seite traten: Zehnhoff, Severing, v. Richter, Wendorff, Siering, Böltz, Girtjesfer.

Die furchtbare Finanzlage des Reiches führte im Reichsverband der deutschen Industrie zum Vorschlage einer „Kredithilfe“, an die sich gewisse Bedingungen knüpften. Von anderer Seite wurde der weittragende Plan einer Entlastung der dauernd mit Milliardendefiziten arbeitenden Eisenbahnen in die Öffentlichkeit geworfen. Am 18. November errechnete man im Reichsrat das Defizit im Reichshaushalt für 1921 auf 161 Milliarden. In jenen Tagen erschien die Reparationskommission der Entente in Berlin, die sich von der Zahlungsfähigkeit resp. Unfähigkeit Deutschlands an Ort und Stelle ein Bild machen wollte. Sie kam zu dem Ergebnis, daß Deutschland sehr wohl die Januar- und Februarrate bezahlen könne. Eine gewisse Sensation machte Anfang Dezember die plötzliche Reise des bekannnen Großindustriellen Stinnes nach London. Ihm folgte bald darauf Rathenau. Das Ergebnis des Berichts, den Rathenau Herrn Wirth gab, sowie die Ablehnung des deutschen Verlangens nach einer Anleihe durch die Londoner City war, daß die Reichsregierung am 14. Dezember ihre Unfähigkeit erklärte, die weiteren Zahlungstermine einzuhalten, und um einen Zahlungsausschub bat. Die Antwort der Reparationskommission bestand in drei Rückfragen, von denen die wichtigste die nach den „Garantien“ war, die Deutschland stellen könne. Hier war die Drohung mit einer Finanzkontrolle à la Türkei deutlich genug angeschlagen. So endete das Jahr mit einem äußerst trüben, gefährdrohenden Ausblick in die nächste Zukunft.

Die wahnsinnige Reparationspolitik hatte besonders nach Abzahlung der ersten Goldmilliarde durch Deutschland zu einer katastrophalen Entwertung der Mark geführt. Die Steuerung stieg phantastisch. Aber die Zahl der Arbeitslosen nahm in Deutschland ab, freilich nur, um in England desto mehr anzusteigen, was die Stimmung gegen das Reich natürlich nicht verbesserte. Eine Preisrevolution folgte der andern und in ihrem Gefolge erschienen Erhöhungen der Gehälter, Löhne, Tarife und Versicherungssätze sowie Steuerungskrawalle, die ihrerseits wieder zu Lärmszenen in den Parlamenten führten. Die tiefe Ertrankung unserer gesellschaftlichen Zustände kam auch in diesem Jahre durch politische Morde zum Ausdruck, denen am 10. Juni der „unabhängige“ Abgeordnete Garis in München, und am 26. August Mathias Erzberger bei Griesbach im Schwarzwald zum Opfer fielen. Auch die Ermordung Talaat Paschas am 15. März in Berlin sei in diesem Zusammenhange erwähnt. Das Reichsgericht in Leipzig war im Mai und Juni die Städte, wo auf Befehl der Entente die Kriegsschuldigen-Prozesse stattfanden. Im Dezember wurde am gleichen Orte der Prozeß gegen die „Führer“ im Rapp-Butsch, Jagow, Wangenheim und Schiele geführt. Der Prozeß endete mit einer Verurteilung Jagows zu fünf Jahren Festung.

Mit Amerika kam es endlich am 26. August zum Abschluß des Friedens, der die Möglichkeit normaler Verhältnisse zwischen beiden Ländern in Aussicht

stellt. Das Abkommen dagegen, das am 7. Oktober Rathenau zu Wiesbaden mit den Franzosen abschloß, fand immer noch nicht seine Bestätigung von französischer Seite. Es setzte sofort in Frankreich eine Hege gegen die Verwendung deutscher Arbeitskräfte beim Aufbau der verwüsteten Gebiete ein, ein Beweis, daß gewissen Leuten in Frankreich viel mehr an der Verbeibaltung der „imposanten Ruinen“ für Agitationszwecke als am Wiederaufbau liegt.

Zum Schluß sei noch erinnert an den am 2. Januar erfolgten Tod Bethmann Hollweg sowie an das Absterben der früheren Kaiserin, deren feierliches Beisetzungspränge am 11. April in Potsdam stattfand.

Das erste Bedürfnis eines Staates ist, zu existieren, sein Dasein nach außen gesichert zu sehen. Im Innern schützt ja das Gesetz Recht und Freiheit des Einzelnen, nach außen von Staat zu Staat nur die Macht. Einem Tribunal des Völkerrechts, wenn ein solches existierte, würde immer die vollstreckende Gewalt fehlen und seine Aussprüche unterliegen schließlich der Entscheidung auf dem Schlachtfelde. Ein großer Staat besteht nur durch sich selbst und aus eigener Kraft, er erfüllt den Zweck seines Daseins nur, wenn er entschlossen und gerüstet ist, sein Dasein, seine Freiheit und sein Recht zu behaupten, und ein Land wehrlos zu lassen, wäre das größte Verbrechen seiner Regierung.

v. Moltke (1874)

*

Zucht und Ordnung sind die Grundlagen des Ruhmes und der Erhaltung des Staates. Ohne sie stumpft sich das Instrument des guten Rufes ab. Möge uns nie eine tadelnswerte Sicherheit einschläfern. Zeitig müssen die Kampfmittel für jeden Fall gesichert sein.

Friedrich d. Gr.

*

Weichheit ist gut an ihrem Ort,
Aber sie ist kein Lösungswort!
Kein Schild, keine Klinge und kein Griff,
Kein Panzer, kein Steuer für dein Schiff,
Du ruderst mit ihr vergebens.
Kraft ist die Parole des Lebens . . .

Friedrich Theodor Vischer